

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 90 39/39
Telefax: 888 648 ppbn d
Telefax: 21 08 64

Inhalt

Renate Schmidt MdB zu den Essentials einer Schwangerschaftsabbruchsregelung in Gesamtdeutschland: Regelungen außerhalb des Strafgesetzbuches verankern.

Seite 1

Prof. Dr. Friedhelm Farthmann MdL zum Widerspruch des CDU-Politikers gegenüber dem Kanzler in der Frage der Kosten der deutschen Einheit; Kurt Biedenkopfs Verdienst.

Seite 3

Prof. Dr. Peter Kauffold zu krausen Sachen im ostdeutschen Agrarbereich: DDR-CDU kann nicht mit Geld und Zahlen umgehen.

Seite 4

Johann Bruns MdL zur Haltung der niedersächsischen SPD zum Einigungsvertrag: Keine Zustimmung zum Ausverkauf der Landesfinanzen.

Seite 5

Ludwig Stiegler MdB zum Versuch der CSU, sich beim Mieterschutz aus der Verantwortung zu mogeln: Die FDP als Sündenbock.

Seite 6

45. Jahrgang / 165

29. August 1990

Regelungen außerhalb des Strafgesetzbuches verankern

Zu den Essentials einer Schwangerschaftsabbruchsregelung in Gesamtdeutschland

Von Renate Schmidt MdB

Stellvertretende Vorsitzende der SPD-Fraktion im Bundestag
Vorsitzende des Arbeitskreises Gleichstellung von Frau und Mann

Die Diskussionen um die Problematik der Schwangerschaftsabbrüche reißen nicht ab; es wechseln lediglich die thematischen Schwerpunkte. Geht man zurück bis zum Beginn dieser Wahlperiode, dann ist das sogenannte Schwangerenberatungsgesetz zu nennen, das die Bundesregierung in ihren Koalitionsvereinbarungen festlegte. Dieses Gesetzgebungsvorhaben war bereits öffentlich ins Gerede gekommen, noch bevor überhaupt ein entsprechender Entwurf der Bundesregierung vorlag. Glücklicherweise blieb uns dieses Gesetz erspart: Bereits unter den Koalitionspartnern waren wesentliche Inhalte strittig. In einer solchen Chronik kann das Land Bayern nicht unerwähnt bleiben, das beträchtlich dazu beigetragen hat, die öffentlichen Auseinandersetzungen um Schwangerschaftsabbrüche anzuhelzen: Sei es durch die unrühmliche Abtreibungsprozeßlawine in Memmingen oder das von der bayerischen Staatsregierung nach wiederholten Vorankündigungen angestrebte Normenkontrollverfahren beim Bundesverfassungsgericht.

Die aktuelle Kontroverse übertrifft aber den bisherigen Schlagabtausch zum § 218 bei weitem, seitdem es nämlich um konkrete Schritte geht, die sehr verschiedenen Rechtsvorschriften der DDR und der Bundesrepublik in einem Einigungsvertrag zusammenzuführen.

Wir stehen politisch vor der Situation, daß die den bundesrepublikanischen Frauen durch den Spruch des Bundesverfassungsgerichts 1975 verwehrt Fristenregelung in der DDR seit nahezu 20 Jahren geltendes Recht ist. Hierauf wollen weder die DDR-Bürgerinnen verzichten noch die in der Volkskammer vertretenen Parteien. Andererseits können und wollen wir nicht das unzulängliche BRD-Recht, das von den meisten Bundesbürgerinnen abgelehnt und noch dazu in den einzelnen Bundesländern unterschiedlich gehandhabt wird, der DDR überstülpen.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 62,50
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

Kemöblierung Lösung
mit verschiedensten Materialien
Keramik, Porzellan



Im Einigungsvertrag wird man sich mit hoher Wahrscheinlichkeit darauf verständigen, die in der DDR geltende Fristenregelung für eine zweijährige Übergangszeit belzubehalten. Schon hier hat man die Forderung von Frauen nach einer fünfjährigen Übergangszeit gekappt, die eine interfraktionelle Arbeitsgruppe aus Bundestag, Landtagen und Volkskammer, unterstützt von Frauenverbänden und Medienvertreterinnen, artikuliert hat. Aber danach hat die konservativere Männerkamarilla in Bonn so richtig zum Schlag gegen Frauen ausgeholt: Sie hat die von uns geforderte Straffreiheit für Bundesbürgerinnen, die sich künftig im Gebiet der ehemaligen DDR einem Schwangerschaftsabbruch unterziehen, radikal torpediert. Eine Frau aus München oder Hof, die im angrenzenden Land Thüringen eine Schwangerschaft abbricht, gehört nach Unions-Lesart bestraft, vor den Kai gezerrt. Die gesamte DDR ein einziges Memmingen? Für eine Stadt wie Berlin bedeutet dies, daß zwei Mauergrenzen abgerissen, aber Strafrechtsbarrieren neu errichtet wurden.

Wie nicht anders zu erwarten, erhob sich ein Sturm der Entrüstung gegen diese für Bundesbürgerinnen unzumutbare Vorschrift. Dabei war der Protest so stark, daß sich die FDP schließlich in dieser Frage aus dem Koalitionsboot hinauskatapultiert und der Ablehnungsfront von SPD und GRÜNEN angeschlossen hat.

Dem Vernehmen nach soll sich inzwischen auf Seiten der Verhandlungspartner zum Einigungsvertrag die Vernunft durchgesetzt haben, die Vertreter von CDU und CSU wollten es denn doch nicht riskieren, just an dieser Frage einen Einigungsvertrag scheitern zu lassen.

Allein die Tatsache als solche ist bezeichnend: Da werden in einem Mammut-Vertragswerk weitreichendste Regelungen über die künftige Gesellschaftsordnung für die DDR, Eigentumsrechte, ein umfassendes Sozialrecht, kurz die Essentials nahezu sämtlicher Politikbereiche geregelt - über die in der Öffentlichkeit nur sehr wenig zu hören ist. Aber das Hauptaugenmerk scheint die konservative Bundesregierung darauf zu legen, daß Bundesbürgerinnen, die bei Schwangerschaftskonflikten künftig in der ehemaligen DDR ärztliche Hilfe suchen, auch dafür "gebührende" strafrechtliche Konsequenzen zu befürchten haben. Dieses Beispiel belegt deutlich, daß die Unionspolitiker ihren weltanschaulich-ideologischen Barrieren ein größeres Gewicht beimessen als den Forderungen der betroffenen Frauen.

Selbst wenn jetzt hinsichtlich des Einigungsvertrages ein gangbarer, akzeptabler Kompromiß für eine Übergangsregelung erreicht werden kann, so handelt es sich hierbei lediglich um ein Etappenziel! Die erforderliche Rechtsangleichung für Schwangerschaftsabbrüche in Gesamtdeutschland steht noch aus. Die Härte der Diskussionen aus jüngster Zeit um die Übergangsregelung vermittelt lediglich einen kleinen Vorgeschmack auf die Auseinandersetzungen, die dem künftigen gesamtdeutschen Parlament in dieser Frage noch bevorstehen.

Wären es lediglich Parlamentarierinnen aus Volkskammer und Bundestag oder die weiblichen Mitglieder des ersten gesamtdeutschen Parlaments, die die anstehende Rechtsangleichung zu bewerkstelligen hätten, ließe ein in die Zukunft weisender Gesetzesvorschlag sicherlich nicht lange auf sich warten.

Dementsprechend wünsche ich mir für die männlichen Vertreter des künftigen gesamtdeutschen Parlaments jene Zurückhaltung, die der Bundespräsident von Weizsäcker wie folgt umschrieben hat: "Im übrigen wäre es gut, wenn Männer, soweit sie im Rechtsstaat dazu berufen sind, besonders behutsam über die Lage von Frauen urteilen." Dem sei noch ein weiteres Zitat angefügt: "Die Diskussion um das Problem der Schwangerschaftsabbrüche ist in erster Linie Sache der Frauen... Abtreibungsverbote und Strafandrohungen sind keine Lebenshilfe." Und man glaubt es kaum, daß dieses Zitat, dem man nur zustimmen kann, aus dem Grundsatzprogramm der CDU-Ost stammt - deutlicher läßt sich der ideologische Abstand der westlichen und östlichen Union in dieser Frage kaum umreißen.

Wie sollte eine neu zu entwickelnde Schwangerschaftsabbruchregelung für Gesamtdeutschland aussehen? Sie sollte zumindest die folgenden Elemente enthalten:

- Hilfen mit Rechtsansprüchen, wie zum Beispiel die Fortsetzung von Ausbildung, die Bereitstellung von ausreichendem Wohnraum, Kinderbetreuung, Verbesserung der Situation Alleinerziehender. Oder anders ausgedrückt: Hilfe für solche Situationen, die erfahrungsgemäß Schwangerschaftsabbrüche mit auslösen.
- Ein flächendeckendes, plurales Beratungsangebot, das auch im Gebiet der ehemaligen DDR eine qualifizierte Schwangerschaftskonfliktberatung bereitstellt.

- Verbindliche Aufklärungskonzepte, die Erziehung zum verantwortlichen Umgang mit der Sexualität, um ungewollte Schwangerschaften möglichst von vornherein zu verhindern.
- Neben diesen sozial flankierenden Maßnahmen sollte ein Schwangerschaftsabbruch, für den sich eine Frau entscheidet, in den ersten drei Monaten strafrei sein.

Ich gehe davon aus, daß diese Regelungen außerhalb des Strafgesetzbuches verankert werden. Der Staat wird zum Schutz werdenden Lebens durch wirksame soziale Hilfen besonders verpflichtet. die oben skizzierte Regelung ist geeignet, werdendes Leben tatsächlich zu schützen, dabei wird die Selbstbestimmung und Eigenverantwortlichkeit der Frau betont.

(-/29. August 1990/rs/ks)

Kurt Biedenkopfs Verdienst

Zum Widerspruch des CDU-Politikers gegenüber dem Kanzler in der Frage der Kosten der deutschen Einheit

Von Prof. Dr. Friedhelm Farthmann MdL
Vorsitzender der SPD-Fraktion im Landtag von Nordrhein-Westfalen
Spitzenkandidat der SPD in Thüringen

Der Mut Kurt Biedenkopfs ist zu loben; er hat es gewagt, Bundeskanzler Kohl mit der Nase auf die Probleme in der DDR zu stoßen. Als bisher einziger CDU-Politiker hat Biedenkopf die Kosten der Einheit offen dargelegt.

Er hat den Investitionsbedarf aus öffentlichen Kassen mit 100 bis 120 Milliarden Mark beziffert.

Kanzler Kohl dagegen verschweigt den Menschen in der Bundesrepublik immer noch den Ernst der Lage in der DDR. Statt wie Biedenkopf für Klarheit zu sorgen und allen Deutschen ungeschönt die Wahrheit zu sagen, schwelgt der Kanzler in nationaler Euphorie.

Der Bundesregierung ist vorzuwerfen, noch immer so zu tun, als könnten die dringend erforderlichen staatlichen Investitionen aus laufenden Haushaltsmitteln gedeckt werden. Wer solche abenteuerlichen Parolen unters Volk streut, verkennt entweder die tatsächlichen Kosten der Einheit oder will den Menschen bewußt Sand in die Augen streuen.

Umso größer ist das Verdienst Biedenkopfs, der die Augen nicht vor der Realität verschließt

Schnelle, öffentliche Infrastrukturmaßnahmen sind für die DDR jetzt überlebenswichtig. Dadurch gibt es neue Arbeitsplätze und Infolgedessen Kaufkraft, sodaß ein wirtschaftlicher Gesundungsprozeß überhaupt erst in Gang kommt.

Wird dieser Prozeß jetzt nicht massiv angeregt, hängt die DDR noch jahrelang am Tropf finanzieller Abhängigkeit.

Dabei gibt es dort Arbeit genug. Als Beispiele nenne ich nur die Verbesserung der Verkehrs- und Kommunikationsinfrastruktur, den Wohnungsbau und die Wiederbelebung der Tourismusindustrie. Jede darin investierte Mark macht sich doppelt und dreifach bezahlt.

(-/29. August 1990/rs/fr)

DDR-CDU kann nicht mit Geld und Zahlen umgehen
Zu krausen Sachen im ostdeutschen Agrarbereich

Von Professor Dr. Peter Kauffold
Mitglied der DDR-Volkammer

Das DDR-Landwirtschaftsministerium forderte nach eingehenden Berechnungen neun Milliarden DM für den Agrarhaushalt im 2. Halbjahr 1990. Dennoch hat sich Chefunterhändler Dr. Krause im 1. Staatsvertrag von den Bonner Partnern in der Bundesregierung mit 5,045 Milliarden DM abspesen lassen. Die Berechnungen des DDR-Landwirtschaftsministeriums haben sich bald als richtig erwiesen. Gerade weil die Mittel so schnell aus dem DDR-Landwirtschaftsministerium abgeflossen sind, ist ja der Nachtragshaushalt erst notwendig geworden. Inzwischen haben Bauernverbände und Fraktionen einen Nachtragshaushalt gefordert. Seitdem die Bundesregierung ihre Haltung geändert hat, verhandelt nun die Berliner Minderheiten-Regierung in Bonn über einen Nachtragshaushalt.

Die Mittel des DDR-Landwirtschaftsministeriums sind immer schnell abgeflossen. Für die zweite Hälfte des Jahres standen als Anpassungs- und Überbrückungshilfen 2,145 Milliarden DM (also 357,5 Millionen monatlich) zur Verfügung. Bis Ende August sind davon bereits 1,450 Milliarden DM (monatlich also 725 Millionen DM) ausgegeben worden. Für die Monate September und Oktober stehen deshalb nur noch 695 Millionen DM (also 347,5 Millionen monatlich) zur Verfügung.

Trotzdem hat die DDR-CDU wiederholt behauptet, das Landwirtschaftsministerium habe 682 Millionen DM zurückgehalten, die für die Bauern bestimmt seien. Hier handelt es sich um bewußte Täuschungen. Die 682 Millionen DM sind am 10. August 1990 durch das Finanzministerium an die Bezirke angewiesen worden. Da der Bankpostweg Zeit beanspruchte, waren die Mittel erst am 17./18. August in den Kreisen verfügbar. Ein ähnliches Beispiel: Seit vergangenerm Freitag, dem 23. August, liegen im Landwirtschaftsministerium circa 150 Millionen DM Interventionsmittel zum Abruf bereit. Die SPD glaubt nicht, daß diese Mittel bewußt zurückgehalten werden.

Die Behauptung der CDU ist deshalb politisch so unseriös wie dilettantisch. Sie verdeutlicht die unkorrekte Arbeitsweise, durch die eine immense Verschuldung bei der Ländergründung droht, die Energiewirtschaft verschachert wird und ein Staats- oder Einigungsvertrag ohne Haken und Fußangeln einfach nicht zustande kommen kann.

Diese krausen Sachen zeigen das Bemühen, Sachregelungen im Lande zu vermeiden und durch Stimmungsmache zu ersetzen.

(-/29. August 1990/rs/ks)

Keine Zustimmung bei Ausverkauf der Landesfinanzen
Zur Haltung der niedersächsischen SPD zum Einigungsvertrag

Von Johann Bruns MdL
Vorsitzender der SPD-Fraktion im niedersächsischen Landtag

Vor einer Verschärfung der öffentlichen Finanzkrise und vor einer weiteren Belastung der finanzschwachen Bundesländer im Zuge des deutschen Einigungsprozesses ist zu warnen.

Bei der Aufbringung der notwendigen Gelder für die deutsche Einheit wird die Bundesregierung von Tag zu Tag mehr eingeholt von ihren Fehleinschätzungen und der andauernden Täuschung der Öffentlichkeit: Um diese Fehleinschätzung nicht eingestehen zu müssen, sucht die Bundesregierung den Ausweg über die massive Erhöhung der Neuverschuldung und über die weitere finanzielle Beteiligung der Länder an den Kosten der deutschen Einheit.

Nach dem jetzt vorliegenden Entwurf für den Einigungsvertrag werden die westdeutschen Bundesländer mit erheblichen finanziellen Einbußen zu rechnen haben.

Dies ist eine Folge der vorgesehenen Beteiligung der neuen DDR-Länder am Umsatzsteueraufkommen, die zu weniger Steuereinnahmen bei den bisherigen westdeutschen Bundesländern führen wird.

Damit verläßt die Bundesregierung eindeutig die Basis der bisherigen Absprachen mit den Ländern.

Die Länder haben sich schon durch die Mitfinanzierung des 115 Milliarden DM umfassenden Fonds Deutsche Einheit eine schwere Last aufgebürdet, die nicht noch größer werden dürfte. Sonst werden wir gerade in den struktur- und damit auch finanzschwachen norddeutschen Ländern zu untragbaren Einsparungsbeschlüssen gezwungen, die unausweichlich zum Beispiel zu Lasten der Kindergartenerweiterung, des Wohnungsbaus und anderer wichtiger Politikbereiche gehen werden: Das aber kann keine sozialdemokratische Landesregierung akzeptieren.

Ich appelliere deshalb an die Verhandlungspartner in Bonn und Ostberlin, die Kosten der deutschen Einheit endlich offenzulegen und dafür ein Einspar- und Finanzierungskonzept im Rahmen des Bundeshaushalts vorzulegen.

Von der niedersächsischen Landesregierung erwarte ich, daß sie einem Einigungsvertrag, der die Finanzen unseres Bundeslandes ruiniert, nicht zustimmt.

(-/29. August 1990/rs/tr)

Die FDP als Sündenbock

Zum Versuch der CSU, sich beim Mieterschutz aus der Verantwortung zu mogeln

Von Ludwig Stiegler MdB

Vorsitzender der bayerischen SPD-Landessgruppe im Bundestag

Es ist ein untauglicher Versuch der CSU, sich im Bonner Mieterschutz-Hick-Hack aus der Verantwortung zu mogeln, wenn der CSU-Fraktionsvorsitzende im Bayerischen Landtag, Alois Glück, nun auf die FDP verweist.

Jetzt einfach die ganze Schuld an der Wohnungs- und Mietermisere allein der FDP zuschieben zu wollen ist absurd und leicht als plumpe Wahlkampfmanöver zu durchschauen. Es ist gerade die mieterfeindliche und ausbeuterische Wohnungsbaupolitik der CSU unter Bauminister Schneider seit der Wende im Oktober 1982 gewesen, die den Wohnungsbau erdrosselt und zu den jetzigen katastrophalen Zuständen geführt hat.

Wie ernst es die CSU mit ihrer Initiative wirklich meint, hat sich bereits in der letzten Maiwoche herausgestellt, als die CSU-Kollegen in Bonn den entsprechenden Forderungskatalog ihres Landesvorstandes in München, den aber die SPD als Entschließungsantrag in das Parlament einbrachte, bei der Abstimmung kleinlaut ablehnten.

Heute, wo sie der "Fluch der bösen Tat(en)" einholt, schreit die CSU laut "Haltet den Dieb" und zeigt dabei auf die FDP.

(-/29. August 1990/rs/ks)
